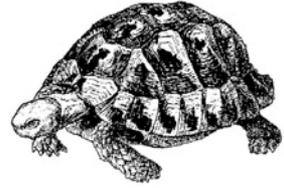


express

Zeitung für sozialistische
Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit



›Entwicklungspartnerschaft‹ mit Unbekannten

Zweiter Teil des Reiseberichts von Bodo Zeuner*

In: express, [Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit](#), 01/2014

Im Mai und Juni 2013 waren sechs Mitglieder des »Forum Arbeitswelten – China und Deutschland« (www.forum-arbeitswelten.de) in China unterwegs, um sich mit WissenschaftlerInnen, NGO- und GewerkschaftsaktivistInnen auszutauschen. In express 12/2013 hat Bodo Zeuner vor dem Hintergrund seiner Überlegungen zum Begriff der internationalen Solidarität über die Rolle und mögliche Veränderungen im Selbstverständnis chinesischer staatlicher Gewerkschaften berichtet. Im zweiten Teil beleuchtet er hier die unabhängigen Labour NGOs und die Streikaktivitäten an der Basis, um Schlussfolgerungen für die Weiterentwicklung der internationalen Solidaritätsarbeit zu ziehen.

Die Labour-NGOs

Der weitaus größte Teil der Lohnabhängigen hat von der parteigesteuerten Gewerkschaft eine zutiefst negative Meinung. Bei unseren Begegnungen mit ArbeiterInnen und NGO-VertreterInnen fragten wir oft, ob sie sich mit Beschwerden am Arbeitsplatz um Lohn, Arbeitsbedingungen, ungerechte Behandlung durch Vorgesetzte etc. zunächst an die betriebliche Gewerkschaft wenden würden – und die Frage traf auf ungläubiges Staunen: So etwas sei völlig sinnlos, denn die Gewerkschaft stehe immer auf der Seite der Betriebsleitung, sie sei ja ein Teil davon. Nur einmal berichtete ein Bauarbeiter in Wuhan, dass sein Gewerkschaftssekretär sich nach einem Arbeitsunfall für ihn eingesetzt habe.

Der Normalfall ist, dass die Beschäftigten Verstöße des Arbeitgebers gegen ihre gesetzlichen Rechte – etwa bei der Berechnung und Auszahlung von Löhnen, bei der Anordnung und Bezahlung von Überstunden, bei ungerechter Bestrafung bis hin zur Entlassung – einfach hinnehmen. Wenn sie mutig und wütend genug zur Gegenwehr sind, wenden sie sich an eine *Labour-NGO*, die Hilfe und Beratung, etwa bei Beschwerden gegenüber der Arbeitsaufsicht, der Schlichtungsstelle und schließlich dem Gericht anbietet.

Wir haben in Peking, Wuhan, Suzhou und Guangzhou sieben solcher *Labour-NGOs* besucht und an den Universitäten mit vielen Studierenden, die in solchen NGOs mitarbeiten, gesprochen. In Hongkong trafen wir Aktive, die solche NGOs unterstützen, vor allem: *Globalization Monitor (GM)*.

Insgesamt unterscheiden sich die NGOs sehr stark nach sozialer Verankerung, politischer Ausrichtung und Schwerpunkten inhaltlicher Arbeit. Einige – wir trafen zwei davon in der Binnenmetropole Wuhan – werden von internationalen Geldgebern gestützt und sehen ihre Arbeit vor allem als Entwicklungshilfe an. Die Arbeiterberatung bei individuellen Beschwerden ist eine von mehreren Aufgaben. Andere sind in *workers centers* direkt in den Wohnquartieren der *migrant workers* an den Stadträndern von Peking, Wuhan, Suzhou und Guangzhou angesiedelt, liefern ebenfalls individuelle Beratung und Ermutigung (›encouragement‹), or-

ganisieren aber zugleich das Gemeinschaftsleben und die Kulturarbeit im Wohnquartier, fördern Aktivitäten der Selbsthilfe, betreiben Schulen und Bildungsstätten und mischen sich auch mit politischen Forderungen in die öffentliche Diskussion ein.

Die NGOs haben oft nur wenige, niedrig bezahlte, hauptamtliche Angestellte und bis zu 100 ehrenamtliche MitarbeiterInnen. Sie werden von Staat und Partei meist misstrauisch beäugt, können sich aber darauf berufen, dass sie sich streng im Rahmen der Legalität bewegen, ja dem Staats- und Volkswillen geradezu zur Durchsetzung verhelfen, wenn sie die ArbeiterInnen über ihre Rechte, etwa aus dem Arbeitsvertragsgesetz von 2008, aufklären. Mit den ACFTU-Gewerkschaften gibt es sehr selten und allenfalls punktuell Zusammenarbeit, oft aber mit Gruppen von Juristen und mit Anwaltsbüros, von denen einige auch für die Gewerkschaften arbeiten. Wenn NGOs lokalen Machthabern zu unbequem werden, kommt es vor, dass sie zerschlagen werden, wobei die Kündigung von Mietverträgen für ihre Räume bzw. der Entzug der Registrierung als NGO ein häufiges Mittel ist.

Es gibt Ansätze zur chinaweiten Vernetzung einiger dieser NGOs, aber je mehr dies geschieht, umso mehr wächst die Gefahr, dass die Staatsmacht repressiv reagiert.

Die streikbereite Basis

Es gibt sie; begegnet ist sie uns nicht – und es wäre auch falsch anzunehmen, dass die *Labour-NGOs* die ArbeiterInnen systematisch für Kampfaktionen schulen. Die NGOs liefern zunächst Schutz und Ermutigung für Individuen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte. Das ist eine notwendige, aber keineswegs eine hinreichende Bedingung für selbständige kollektive Kämpfe. Soweit Untersuchungen zeigen, ist »*labour unrest*« bisher immer, auch beim Honda-Streik, tatsächlich »spontan« im Betrieb entstanden, durch Wut und Zorn über Unterdrückung und Ungerechtigkeit, durch Vertrauensaufbau in kleinen KollegInnengruppen – wobei auch die gleiche landsmannschaftliche Herkunft von *migrant workers* hilfreich ist –, durch kleine Erfolgserlebnisse bei den ersten Gegenwehrversuchen, durch charismatische Führungspersonen und durch das Bewusstsein, dass für gemeinsame Rechte gekämpft werden muss. Die Quellen von Solidarität der Arbeitenden sind in China nicht andere als in jedem anderen Land, das kapitalistisch industrialisiert worden ist.

Allerdings fehlt in China jede organisatorische Verfestigung und jede überbetriebliche Verbindung der Streiks. Die Gewerkschaften wollen das nur in sehr begrenztem Umfang leisten, und die NGOs dürfen es nicht. Gleichwohl hat der Honda-Streik von 2010 für andere Betriebsbelegschaften beispielgebend gewirkt und starre Verhältnisse zum Tanzen gebracht. Auch in den Medien ist es keineswegs mehr ein Tabu, das Versagen der offiziellen Gewerkschaften zu kritisieren. Ein neuer Streik wie 2010 könnte ähnliche Wirkungen haben.

Zurück zur Ausgangsfrage: Was könnte Solidarität zwischen Lohnabhängigen in China und in Deutschland heißen?

Nicht selten wurden wir bei unseren Treffen, vor allem an den Universitäten, mit dem Marx-Engelsschen Motto »Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!« begrüßt. Das war nicht nur als Höflichkeitsgeste gegenüber uns als Landsleuten von Marx und Engels gemeint. Man wollte, zum Teil sehr konkret, von uns wissen, was ChinesInnen und Deutsche gemeinsam tun können, um ihre Lebensrechte gegen die Zumutungen des globalen Kapitals zu verteidigen.

Zum Beispiel berichtete man uns von deutschen Firmen, die in besonderer Weise selbst oder durch ihre Zulieferer die Mindestrechte der Arbeitenden in China verletzen. Wir erhielten dazu einige konkrete Hinweise, denen wir nachgehen. Im Prinzip haben globalisierungskritische und die Menschenrechte verteidigende Organisationen dies schon seit langer Zeit gemacht, etwa Südwind und die *Clean Clothes Campaign* mit Beteiligung der deutschen Gewerkschaften IG Metall und ver.di. Deutsche und europäische NGOs und Institute sollten hier am Ball bleiben und in Kooperation mit chinesischen *labour activists*, WissenschaftlerInnen und vielleicht auch Basisgewerkschaften eine Situation herstellen, in der kein hiesiger Kon-

zern mehr sicher sein kann, dass seine Aktivitäten und die seiner Zulieferer in China un bemerkt bleiben.

Aber das reicht nicht aus. Für Verbesserungen in der Gegenwart und für eine bessere Zukunft ist mehr Basisinternationalismus der deutschen und europäischen Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit NGOs und mit Teilen des ACFTU nützlich und notwendig. Die Beziehungen zu China weiterhin als Diplomatie der Chefetagen von Gewerkschaften zu betreiben, ist schon deshalb völlig unangemessen, weil die globalen Konzerne selber in beträchtlicher Zahl ArbeiterInnen und IngenieurInnen aus beiden Ländern miteinander in Verbindung bringen, etwa bei Aufenthalten im jeweils anderen Land. In Deutschland sollte es zu den Standardaufgaben von GewerkschafterInnen und Betriebsräten gehören, die aus dem Reich der Mitte entsandten Kolleginnen und Kollegen freundlich zu empfangen, ihnen die Eingewöhnung zu erleichtern und sie über das deutsche System der Interessenvertretung durch Betriebsräte und Gewerkschaften, wenn möglich nicht nur über seine Stärken, sondern auch über seine Schwächen, praxisnah zu informieren.

Darüber hinaus sollte es zur Regelaufgabe gewerkschaftlicher Betriebsratsmitglieder werden, ihrem Management bei den Aktivitäten der Firma oder ihrer Zulieferer in China (und überall sonst) auf die Finger zu sehen. Dazu gehört auch, die Zusammenarbeit mit betrieblichen Vertretungsstrukturen in China zu suchen und nach Möglichkeit Organe wie Weltbetriebsräte oder mindestens globale Informationsnetzwerke aufzubauen.

Im Prinzip sind aus deutscher Perspektive zwei Konstellationen der gewerkschaftlichen Solidarität denkbar:

Solidarität mit den am stärksten Ausgebeuteten am unteren Ende der Wertschöpfungs- und Lieferkette durch die am oberen Ende, oft GewerkschafterInnen aus Handelsunternehmen, die zu unfairen Bedingungen hergestellte Produkte verkaufen sollen. Hierzu gibt es bereits Erfahrungen von Aktionen und Bündnissen mit NGOs, etwa in der *Clean Clothes Campaign* (CCC). Das Solidaritätsmotiv ist hier stark wertgebunden, das gemeinsame Interesse sehr universal und menschenrechtlich gefasst, etwa »*decent work*« weltweit. Appelliert wird aber auch an das Interesse der deutschen Beschäftigten, nicht für eine Firma arbeiten zu wollen, die wegen unmenschlicher Arbeitsbedingungen in die Schlagzeilen gerät.

Solidarität als Minderung der Konkurrenz um dieselben Arbeitsplätze: Der klassische Fall ist die (Drohung mit) Produktionsverlagerung. Hier überwiegt als Solidaritätsmotiv das ökonomische Interesse, und dieses Motiv drängt regelmäßig auch in Richtung auf exklusive Solidarität der Belegschaft, die in Deutschland ihre Arbeitsplätze verteidigt, gegen die chinesische Seite, die sich von neuen Arbeitsplätzen Wohlstandszuwachs erhofft. In solchen Fällen inklusive, transnationale Solidarität aufzubauen, erfordert ein hohes Maß an interessenpolitischer Weitsicht (»langfristig sitzen wir alle im selben Boot gegen den Arbeitgeber«) und wertgebundener Überzeugung – und manchmal reicht beides nicht aus, etwa wenn das Lohngefälle zu groß ist. Dann werfen z.B. auch Gewerkschaften aus der Dritten Welt den Arbeitsplatzverteidigern aus der Ersten Welt Protektionismus vor, wenn diese Verlagerungen mit dem Argument, im Zielland herrschten unmenschliche Arbeitsbedingungen, zu verhindern suchen.

Andererseits gibt es zu dem Problem der Solidarität bei Standortkonkurrenz inzwischen ja auch innerhalb der Industrieländer einen beträchtlichen gewerkschaftlichen Erfahrungsschatz. Wichtig, wenn auch nicht immer hinreichend für den Erfolg, ist dabei, dass zwischen den betrieblichen Belegschaftsvertretungen eine vertrauensvolle Zusammenarbeit herrscht und dass alle Belegschaften prinzipiell das Recht auf gute Arbeit und angemessene Entlohnung für alle Beschäftigten im Konzern, wo auch immer ihr Standort sei, anerkennen.

Klar ist, dass dieser zweite Typ der Solidarität, die es mit Konkurrenz um gleiche Arbeitsplätze zu tun hat, in Zukunft im Verhältnis zu China zunehmen wird. Denn China entwickelt sich weg von der Werkbank der Welt zum Hochtechnologieland. Deutschen und europäischen Gewerkschaften, die über kurzfristigen nationalen Korporatismus hinauskommen wollen, kommt dabei die Aufgabe zu, einerseits ihre eigene Basis internationalistisch aufzuklären und

andererseits darauf zu drängen, dass in China vom Vertrauen der Arbeitenden getragene Gewerkschaftsstrukturen entstehen.

Solange beides noch unzureichend geschieht, bleibt für *Labour-NGOs* die Aufgabe, auch Gewerkschaftsersatz zu sein: in China durch die Stärkung und Verteidigung von *workers centers*, in der »Ersten Welt« durch Aufklärungskampagnen und das Werben für universalistische Perspektiven und global geltende Menschenrechte.

Aber auch wenn der Gewerkschaftsinternationalismus sich positiv weiterentwickelt, bliebe für die NGOs viel zu tun: Gewerkschaften müssen immer auch zentralisierend, zusammenfassend agieren und brauchen dazu – künftig sogar zu stärkende – weltweite Organisationsapparate. Diese entwickeln systematisch Eigeninteressen, Verfestigungen, Blindheiten. NGOs können und müssen demgegenüber internationale Basiskontakte fördern, Kampagnen für kritischen Konsum organisieren, die Interessen von Frauen, deren Unterdrückung, nicht nur durch das Kapital, gerade auch in China besondere Formen annimmt, immer wieder zur Sprache bringen, ebenso wie die Interessen der auch von den Gewerkschaften oft ausgegrenzten Menschen mit prekärer und informeller Arbeit.

Aber das wäre ein weiteres Thema.

Dieser Text erschien in einer stark gekürzten Fassung zuerst in LuXemburg 3-4/2013 (www.zeitschrift-luxemburg.de). Er wird hier in zwei Teilen in einer ausführlicheren und überarbeiteten Fassung veröffentlicht.

* Bodo Zeuner, geb. 1942, Univ.-Prof. a.D. für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin

Literatur:

Ingeborg Wick: »All die Textilschnäppchen – nur recht und billig. Arbeitsbedingungen bei Aldi-Zulieferern in China und Indonesien«, Südwind, Siegburg 2007

Ingeborg Wick: »Schutz der Arbeit in Partnerschaftsabkommen mit China? Fallbeispiele Adidas, Metro Aldi«, Südwind, Siegburg 2010

express im Netz unter: www.express-afp.info